

Weil offenbar ist, ein wie furchtbares Übel ein Krieg in unserer Zeit ist, darf nichts unversucht bleiben, ihn zu verhindern. Insbesondere muss dies noch aus einem ethischen Grunde geschehen. Wir haben uns in den beiden letzten Kriegen grausiger Unmenschlichkeit schuldig gemacht und würden es in einem kommenden noch weiter tun. Dies darf nicht sein.
 Albert Schweitzer (1875-1965), Das Problem des Friedens, Rede in Oslo, 4.11.1954

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde

Kurz vor Jahresende melden wir uns noch einmal mit einem Newsletter. Die militärische Aufrüstung in Vorbereitung der nächsten Kriegseinsätze macht auch vor der Region nicht halt. In Wunstorf wird dieser Tage der erste A400M landen und so eine gigantische Umbauaktion des Fliegerhorstes abschließen. Wunstorf wird damit zum zentralen Luftdrehkreuz für kommende militärische Abenteuer der NATO. Passend zur Weihnachtszeit hat die DFG-VK und das Friedensbüro auch das Thema Militärseelsorge und der alljährliche Protest gegen das Militärkonzert der Bundeswehr beschäftigt. Die dazu passenden Artikel finden sich ebenso im Newsletter, wie eine PM zur Rekrutierung der Bundeswehr im Stadion.

Das ganze Jahr stand unter dem Einfluss der Gedenkefeierlichkeiten zum Ersten Weltkrieg. Kaum thematisiert wurde der Ehrenbürger der Stadt Hannover, bekannt als „Schlächter von Lüttich“ Otto von Emmich. Wir fordern mit diesem Heldengedenken endlich aufzuhören. Diesem und weiteren Themen werden wir uns im nächsten Jahr stellen.



Last but not least möchten wir auf eine Initiative hinweisen, wieder eine Friedens-/Antikriegscoordination Region Hannover (Arbeitstitel) ins Leben zu rufen, die dann gemeinsam konkrete Aktionen vorbereiten könnte. Das erste treffen dazu findet am Dienstag, den 13. Januar 2015, 20 Uhr, Kargah, Hannover-Linden statt. Vielleicht ein guter Auftakt in die kommenden Auseinandersetzungen 2015

Ralf Buchterkirchen
 für das Friedensbüro und DFG-VK Hannover



Themen:

- Fliegerhorst Wunstorf und der A400M
- Protest gegen Militärseelsorge
- Militärkonzert in der Neustädter Hof- und Stadtkirche
- PM: 99 Jahre sind genug – Otto vom Emmich taugt nicht als Namenspatron
- Bundeswehr aus dem Stadion kicken
- Vorführung des Films über Hibakusha ‚Journey with Hibakusha‘ – Projektdiskussion

Der Fliegerhorst Wunstorf und der A400M

Thesen zur Aufrüstung des Fliegerhorsts Wunstorf von Gerhard Biederbeck

Die gewachsene militärische Bedeutung des Fliegerhorsts Wunstorf

Vorbemerkung: Die Ukraine-Krise zeigt, dass auch nach Meinung der „Stiftung Wissenschaft und Politik SWP), die die Bundesregierung berät, dass eine „schwer zu kontrollierende Eskalationsdynamik“ mit möglichem Einsatz taktischer Nuklearwaffen im Zusammenhang der Ukraine-Krise nicht auszuschließen ist (Quelle: Oliver Meier „Die nukleare Dimension der Ukraine – Krise SWP-Aktuell 66). Es rückt die Möglichkeit eines neuen „Kalten Krieges“ oder gar eines Krieges in Europa näher. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Thesen zu sehen:



- Mit der Einführung des Lufttransporters A 400M wird der Fliegerhorst Wunstorf zum einzigen Lufttransport-Fliegerhorst Deutschlands und gewinnt dadurch erheblich an militärstrategischer Bedeutung: Mit der deutlich größeren Reichweite auf 4600 km bei ca. 30 t Beladung und der Fähigkeit in der Luft aufgetankt zu werden, kann das LTG 62 praktisch an fast jedem internationalen Kriegseinsatz eingesetzt werden.
- Damit erhöht sich die Gefahr, dass das LTG 62 völkerrechtswidrig und verfassungswidrig (GG Art.26.1 Verbot und Planung eines Angriffskrieges wie im Kosovo geschehen) eingesetzt wird und nicht wie ursprünglich im GG vorgesehen, nur nach Feststellung des Verteidigungsfalles (GG Art. 115 a) in Kriegshandlungen einbezogen wird.
- Die Auslegung von zwei Start- und Landebahnen für die Düsenjets der Luftwaffengeschwader ermöglicht damit die

vielfältigere militärische Nutzung des Fliegerhorsts Wunstorf, was dessen militärische Bedeutung steigert. (Quelle: Oberfinanzdirektion Hannover: Ausbau des Militärflugplatzes Wunstorf für das Transportflugzeug A400M; Antrag auf Erteilung einer Änderungsgenehmigung nach §6 LuftVG v. 19.4.2007,S.21); HAZ-Artikel „Kurz vor Abflug“ vom 8.11.14.)

- Der Fliegerhorst Wunstorf wird mit dem neuen Simulator zu einem Ausbildungszentrum im Bereich Lufttransport für die Nato-Staaten. (Quelle: HAZ „Kurz vor Abflug“ 8.11.14)
- Kernfunktion des Lufttransportgeschwaders sind nicht humanitäre Einsätze sondern „die Versorgung der Truppe aus dem rückwärtigen Raum zu den nahe der vorderen Kampfzone gelegenen Behelfsflugplätzen“ und der Transport und das Absetzen von Fallschirmspringern in der ersten Phase des Krieges. Die Soldaten des Lufttransportgeschwaders sprechen selber davon, dass für sie immer gilt: „First in – last out“. Das bedeutet im Falle des Kriegseinsatzes, dass das Lufttransportgeschwader als erstes und bis zum Ende des Konfliktes eingesetzt wird.
- So ist es zutreffender die Transall und die zukünftigen A400M nicht als „Engel der Lüfte“ sondern wie in den sechziger Jahren so beschrieben als „Kampfzonen-transporter“ zu bezeichnen. (Quelle: Luftwaffe – bundwehr.de „Der Übergang von der Transall zum A400M“ vom 26.06.2014)

Aus all dem ergibt sich, dass der Fliegerhorst Wunstorf mit der Stationierung der A400M eine gewachsene strategische Bedeutung für die kommenden internationalen Kriegseinsätze hat, und zwar für die Bundeswehr als auch für die Nato.

Die Bedeutung der „Modernisierung“ des Fliegerhorsts für die Bevölkerung der Region Hannover

Die lokale Politik und die lokalen Medien stellen heraus, dass der Fliegerhorst als großer Arbeitgeber unersetzbar in der Region ist. Die örtliche Politik und

die örtlichen Medien stellen dabei kaum oder gar nicht diese Fragen:

Welche Belastungen bringt der Fliegerhorst für die Bevölkerung und für die Natur mit sich?

- Dienen die Aufgaben der Arbeitnehmer/Arbeitgeber dem Frieden oder dem Krieg?
- Gibt es Alternativen zur Nutzung des Fliegerhorsts, die mit geringerer Belastung für die umliegende Bevölkerung Arbeitsplätze schafft?
- Was wäre, wenn die ca. 375 – knapp 500 Mio. statt zum Ausbau des Fliegerhorsts zur Schaffung anderer ziviler Arbeitsplätze genutzt worden wären?
- Was haben wir aus der Geschichte des Fliegerhorsts gelernt?
- Was hätte im Kriegsfall, den man nicht einfach verdrängen darf, der Fliegerhorst für die umliegende Bevölkerung für Auswirkungen? Der Fliegerhorst Wunstorf als zukünftig einziger Fliegerhorst für Lufttransportgeschwader, auf dem gegebenenfalls auch Kampfflugzeuge für welches Kriegsszenario auch immer starten und landen können, wird im Ernstfall zum bevorzugten Angriffsziel.



Vor dem Hintergrund, dass die Kriegsgefahr in West-/Osteuropa deutlich angewachsen ist, ergibt sich: Die Bevölkerung der Region Hannover wird im Ernstfall aufgrund der herausgehobenen militärischen Bedeutung des Fliegerhorsts Wunstorf erheblich gefährdet. Der Fliegerhorst wird so als Angriffsziel für vermeintliche Gegner zur Sicherheitsbedrohung der hiesigen Bevölkerung.

Der A 400 M kommt - die Kriegsgefahr wächst
Presseerklärung des Arbeitskreises
Regionalgeschichte zum Fliegerhorst Wunstorf:

wir möchten Sie auf folgenden Sachverhalt aufmerksam machen:

1. Auf dem Fliegerhorst Wunstorf (Region Hannover) wird nun als einzigem Militärflugplatz in Deutschland das Großraum-Transportflug A 400 M stationiert.
2. Dieser Flugzeugtyp dient der schnellen Verlegung von Soldaten und Material in Kriegs- und Krisengebiete und hat daher – ebenso wie der Fliegerhorst Wunstorf selbst – strategische Bedeutung für zukünftige internationale Kriege.
3. Schon in den Planungsunterlagen zum Ausbau des Fliegerhorstes Wunstorf waren nicht nur Starts und Landungen des A 400 M, sondern auch von Kampfflugzeugen vorgesehen.
4. Der Fliegerhorst Wunstorf wird zum internationalen Ausbildungszentrum für Bundeswehr und Nato.
5. Gleichzeitig wird auf dem Fliegerhorst Wunstorf in der Ju 52-Halle eine Traditionspflege betrieben, in der die Verbrechen der NS-Luftwaffe verschwiegen und vertuscht werden (Guernica, Coventry und andere europäische Städte). Vgl.: Eklat um die Ju 52-Halle - ein Bericht sowie: Fliegerhorst Wunstorf
6. Als strategischer Flugplatz wird der Wunstorfer Horst bevorzugtes Angriffsziel von militärischen Gegnern sein, welcher Art auch immer. Zurzeit verschärfen sich im Zuge der Ukraine-Krise die Konflikte mit Russland. Prominente Politiker und Militäranalysten warnen inzwischen vor der Möglichkeit der versehentlichen Auslösung eines Atomkrieges. Die Kriegsgefahr ist heute größer als in den 1970er und 1980er Jahren.
7. Der Ausbau des Wunstorfer Horstes und die Stationierung des A 400 M bedeuten für die hier lebende Bevölkerung daher neben dem zunehmenden Fluglärm ein erhöhtes Sicherheitsrisiko und eine zunehmende polizeiliche Überwachung.

Militärisches Großflugzeug bei Hannover stationiert:
Airbus A400M sorgt für neue Kriegsgefahr

Zur bevorstehenden Stationierung des Transportflugzeuges A400M im unweit von Hannover gelegenen Wunstorf erklären Ralf Buchterkirchen und Brunhild Müller-Reiß, Sprecher_innen der DFG-VK Hannover:

Anfang Dezember soll der A400M erstmalig in Wunstorf landen. Auf dem Fliegerhorst Wunstorf entsteht damit der bundesweit einzige Standort des neuen Transportfliegers. Dieser Flugzeugtyp dient der schnellen Verlegung von Soldaten und Material in Kriegs- und Krisengebiete und hat daher – ebenso wie der Fliegerhorst Wunstorf selbst – strategische Bedeutung für zukünftige internationale Kriege. Damit wird die Region Hannover zu einem internationalen Dreh- und Angelpunkt für militärische Transporte für Bundeswehr und NATO. Ziel ist die Erreichung einer höheren militärischen Interventions- und Angriffsfähigkeit. Gleichzeitig bedeutet die Stationierung des A400M neben dem zunehmenden Fluglärm ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für die ansässige Bevölkerung und eine zunehmende polizeiliche Überwachung.

Wir lehnen die Stationierung und die damit erhöhte militärische Bedeutung für die Region Hannover ab! Wir wenden uns gegen die Umwandlung der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee – eine Interventionsarmee ist durch das Grundgesetz nicht gedeckt! Wir wenden uns dagegen, dass die Grundlagen für neue militärische Abenteuer mit dem Ziel der Sicherstellung strategischer Interessen von Deutschland und NATO hier in der Region gelegt werden!

Wir wollen keinen A400M in der Region Hannover!

Reformationstag: ChristInnen und PazifistInnen protestierten am Hauptsitz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Hannover gegen Militärseelsorge

Eine Gruppe ChristInnen und PazifistInnen aus Hannover und Bremen, darunter viele Mitglieder der DFG/VK, hatte sich zusammen gefunden, um am Reformationstag (31. Oktober) in der niedersächsischen Landeshauptstadt am Sitz der

Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gegen die Militärseelsorge zu protestieren. Die gut ein Dutzend AktivistInnen forderten mit Transparenten, Schildern und Handzetteln die Abschaffung der Militärseelsorge, durch die die EKD die Bundeswehr unterstütze und somit auch die Militarisierung der deutschen Außenpolitik mittrüge. Das aber ließe sich nicht mit der Gewaltlosigkeit Jesu vereinbaren. Die Kirchen sollten, um sich aus der unseligen Verbindung mit dem Militär zu lösen, Soldaten stattdessen Seelsorge in gemeindeeigenen Räumen anbieten. Weiterhin forderte die Gruppe, die 30 Millionen Euro, die jährlich für die Militärseelsorge ausgegeben würden, für die zivile Konfliktbearbeitung zur Verfügung zu stellen. Weitere Aktionen zu diesem Thema sind geplant. Nähere Informationen sind unter www.militaerseelsorge-abschaffen.de erhältlich, wo auch die Erklärung nachzulesen ist, die die Gruppe bei ihrer Aktion verteilt hat.



Ein Wort zum Reformationstag

Die Kirchen in Deutschland stellen der Bundeswehr viele Geistliche zur Verfügung, die eigens die Aufgabe haben, den SoldatInnen moralisch bei ihrem Dienst, also auch beim Gebrauch ihrer Waffen, Beistand zu leisten und, falls ihnen Skrupel bei der Ausübung ihres mörderischen Jobs kommen, diese weg zu reden. Damit unterstützten sie ganz klar die militärischen Aktionen der Regierung.

Wir wissen, es gibt keine 'gerechten' Kriege – selbst die vielleicht zu akzeptierende Selbstverteidigung wurde immer wieder auf das Übelste missbraucht. Alle beteiligten Gegner reklamieren für sich, dass Gott

und die 'gute' Sache auf ihrer Seite seien. Aber im Grunde stehen geostrategische Interessen dahinter. Es geht um Land, Macht und Ressourcen. Immer werden Menschen Opfer dieser Propaganda, immer werden Soldaten verheizt und immer werden Soldaten zu Mördern gemacht. Dieses blutige Geschäft darf nicht im Namen Gottes oder Jesu Christi gerechtfertigt werden. Eine Kirche, die nicht klar dagegen Position bezieht, sollte verlassen werden. Niemals kann es richtig sein, dass die christlichen Kirchen das politische Geschäft einer Regierung unterstützen. Sollten SoldatInnen während ihres 'Dienstes' geistlichen Beistand brauchen, so können sie diesen in der Bibel finden, in ihren Gemeinden oder im Einsatz bei Menschen, die sich dazu berufen fühlen, aber nicht bei eigens dafür bezahlten Militärseelsorgern.

Christinnen und Christen! Verlangt von Euren Bischöfen und Kirchenvorständen und -räten eine klare Absage an jede Unterstützung militärischer Interventionen, mögen die Gründe noch so gerechtfertigt erscheinen. Wie wir aus leidvoller Erfahrung in unserer Geschichte wissen, wird auf diesem Gebiet skrupellos gelogen, es werden Fakten unterdrückt, es werden die wahren Kriegsziele verheimlicht, die Öffentlichkeit wird von einer regierungskonformen Propaganda überflutet, um die Gesellschaft darauf einzuschwören.

Die Kirche aber muss unabhängig vom Staat ein Bollwerk des Friedens sein. Sie darf sich in keiner Weise für eine Regierungspolitik missbrauchen lassen. Niemals darf sie ihre Geistlichen in den Dienst eines militärischen Einsatzes stellen. Eine Kirche, die nicht ausschließlich den Einsatz friedlicher Mittel unterstützt, aus einer solchen Kirche sollten alle überzeugten Christen austreten. Was soll ein Militärseelsorger denn einem Soldaten sagen, der seine Waffe auf Menschen abgefeuert hat und deshalb nachts nicht mehr schlafen kann?

Soll er ihm sagen: das war in Ordnung, Gott verzeiht dir, du hast es für einen guten Zweck getan? Es war deine Aufgabe, eine lobenswerte Pflichterfüllung, fremdes Land zu verwüsten, Häuser zu zerstören, Menschen umzubringen? Was unterscheidet eine solche Rechtfertigung im Grunde von den Parolen der

Islamisten?

Aus Böse wird Gut gemacht, das Gewissen und die moralischen Werte werden ins Gegenteil gewendet.

Militärkonzert in der Neustädter Hof- und Stadtkirche

Immer wieder findet in der Neustädter Hof- und Stadtkirche ein ‚Adventskonzert‘ der Bundeswehr statt – und immer wieder protestieren wir.

Wie im letzten Jahr sind wir auch in diesem Jahr wieder vom Vorplatz der Kirche über den ‚Weihnachtsmarkt (der allerdings noch nicht offiziell angefangen hatte) als Soldatin und Nonnen verkleidet – mit dicken Pumpguns‘ ausgerüstet – durch die Stadt und wieder zurück gegangen. Als wir auf dem Kirchenvorplatz mit einem dort stehenden Militärlastwagen und uns ein Foto machen wollten, sprang einer der beiden BW-Soldaten aus dem Truck und rief: „Das dürfen sie nicht, das ist hier jetzt militärisches Sperrgebiet! Das Foto hatten wir längst im Kasten – aber militärisches Sperrgebiet??? Offenbar hatte die Kirche für diesen Tag das Hausrecht ans Militär abgegeben!!



In der Nähe der Marktkirche rief ein Mann: „Die musizieren? – Das ist immer gut! Wo Musik ist, da ist nichts Böses!“ Ob das auch alle Soldaten z. B. im 1. Weltkrieg gedacht haben, die mit Gott auf ihrer Seite und Marschmusik in den Tod geschickt wurden? Den interessierten Leuten rief Brunhild zu: „Wir töten nicht! Wir tun nur so! Aber die echten Soldaten schießen! Scharf – wenn's sein ‚muss!‘“ Eva machte auf das Missverhältnis Nonne- Waffe aufmerksam, viele Menschen stimmten zu, dass das nicht zusammengehört, genauso wenig, wie ein Militärkonzert in der Kirche.

Als wir zurückkamen, war das Bundeswehrfahrzeug weg.

Am Abend ab 18.00 Uhr waren wir dann wieder vor der Kirche. Mit Transparenten, Pace-Fahnen, großen Inschriften: "Der Glaube an das Militär versetzt Berge von Menschen unter die Erde" . Ab 18.30 sang der Protestchor mit etwa dreißig Leuten u.a. mit Bach, Schütz und einer eindrucksvollen Improvisation von Holger Kirleis gegen das Militärkonzert in der Kirche an. Auch ein Text von Martin Opitz aus dem Dreißigjährigen Krieg : „Hilf Gott! Hat denn der Krieg nicht Volk genug gefressen“ hatte Holger vertont.

Auch wenn wir nicht sehr viele waren – wir waren sichtbar und hörbar mit Parolen und Reden über den Lautsprecherwagen. Und wir haben gezeigt, dass wir die Kirche als Werbeort fürs Militär nach wie vor nicht akzeptieren.

Wir hatten allerdings den Eindruck, dass bei weitem nicht so viele Kirchgänger_innen da waren wie in den letzten Jahren – sei denn – sie hätten sich alle durch die Hintertür hineingeschlichen.

Beides ist ein schöner Erfolg für uns!

PM: 99 Jahre sind genug – Otto vom Emmich taugt nicht als Namenspatron
Deutsche Friedensgesellschaft fordert Umbenennung

Anlässlich des 99. Todestages von Otto von Emmich am 22.12.2014 fordert die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Ortsgruppe Hannover die Umbenennung des Emmich-Platz und der Emmich-Cambrai Kaserne. Das soll noch vor dem Jubiläum zum 100. Todestag 1915 erfolgen!

Emmich gilt als ‚Schlächter von Lüttich‘. Er war zentral schon in die ersten militärischen Handlungen des Ersten Weltkriegs involviert, bei denen es auch zu massiven Übergriffen durch die Soldaten gegen die Zivilbevölkerung kam. Diese blutige Geschichte ihrer ‚Garnisonsstadt‘ und die Biographien der Akteure ist den meisten Hannoveraner_innen unbekannt.

Im Ersten Weltkrieg wurde Lüttich in ein Trümmerfeld verwandelt. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs führte General Otto v. Emmichs Armeekorps im August 1914

die erste größere Aktion des Krieges durch, die Eroberung von Lüttich, wodurch dem nachrückenden deutschen Heer der Weg nach Frankreich freigemacht werden sollte. Dafür wurde ihm als erstem deutschem Offizier während des Krieges der Orden Pour le Mérite verliehen. Nachdem deutsche Truppen in der Nacht zuvor in das neutrale Belgien einmarschiert waren, was ein eindeutiger Bruch des Völkerrechts war, kam es zu unfassbaren Ausschreitungen gegen die belgische

Zivilbevölkerung: Plünderungen, Brandstiftungen, Massenhinrichtungen und Vergewaltigungen. Die Bürger der Stadt leisteten heftigen Widerstand, die deutschen Soldaten gingen mit großer Brutalität vor. Mehr als 800 Zivilist_innen starben.

Emmich starb im Dezember 1915 in Hannover bei der Durchreise an einer im Herbst ‚im Felde‘ zugezogenen Krankheit. Seine Beisetzung fand unter großem militärischen Pomp in Hannover statt. Die Stadt spendierte ihm ein Ehrengrab, das auch heute noch unter erheblichem Aufwand erhalten wird.



Wir meinen, dass dem ‚Schlächter von Lüttich‘ keine Ehre mehr erwiesen werden darf! Weder durch die Ehrung mit einem prominenten Platz in Hannover, noch durch den Namensanteil ‚Emmich‘ der Feldjägerschule (Emmich-Cambrai-Kaserne) oder eine Ehrenbürgerschaft. Wir fordern Stadt und Bundeswehr auf, endlich ein Zeichen zu setzen – insbesondere im Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkrieges, der in diesem Jahr in zahlreichen Feierstunden gedacht wurde.

Wir werden in Emmichs Jubiläumsjahr mit weiteren Aktionen auf das Wirken von General von Emmichs hinweisen – und auf die Folgen.

Vorführung des Films über Hibakusha ‚Journey with Hibakusha‘ – Projektdiskussion

Wir waren (leider) sehr wenige, die die Zeit gefunden haben, sich den Film ‚Journey with Hibakusha‘ anzusehen. Aber für uns alle - Einige hatten den Film in Auszügen schon auf der Hiroshima-Gedenkfeier auf dem Hiroshima-Hain gesehen - waren die Eindrücke (erneut) sehr stark. Wir waren so bewegt, dass es zunächst für ein paar Minuten Schweigen gab.

Aber dann haben wir einen großen Bogen gespannt: wir haben zunächst über den Film geredet, über die Situation in Hiroshima/Nagasaki nach den Bombenangriffen und dabei auch über das Ziel der USA, die Bomben abzuwerfen. Dass Japan besiegt war, war eigentlich schon klar! Aber die ‚Anti-Hitler-Koalition‘ war schon vor Ende des Krieges sehr instabil und zerbrach endgültig und es ging schnell darum im beginnenden Kalten Krieg‘ zu zeigen, wer zukünftig die herrschende Weltmacht sein will. Aber wir haben auch die Rolle Japans als imperialistischer Macht vor und im 2. Weltkrieg mit einbezogen. Japan wurde vom ‚Täter‘ im asiatischen Raum zum ‚Opfer‘ und zum sichtbaren Ausgangspunkt für den anschließenden Kalten Krieg zwischen ‚West‘ und ‚Ost‘. Wir haben dann auch den Artikel 9 der Nachkriegsverfassung und die gegenwärtige Diskussion in Japan für sehr wichtig gehalten. Der Text des Artikel der Verfassung von 1945 lautet: *„Es ist unser aufrichtiger Wunsch, dass alle Nationen der Welt zueinander in friedlichen Beziehungen stehen, die auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründet sind. Daher verzichten wir, das japanische Volk, für immer auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation. Als Mittel zur Beseitigung internationaler Konflikte werden wir keinerlei Gewalt androhen und ausüben. Zu diesem Zweck werden wir von jetzt an niemals wieder Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstiges Kriegspotential zur Tötung von Menschen unterhalten und keine Organisationen mit kriegerischen Zielen zulassen. Das japanische Volk wird nicht anerkennen, dass das Töten von Menschen im Krieg kein Verbrechen ist. Das Recht auf Kriegsführung wird dem Staat nicht zuerkannt.“*

Dieser ‚Friedensartikel‘, der in der Vergangenheit bereits ausgehöhlt wurde, ist gegenwärtig durch die

Regelmäßige Termine des Friedensbüro Hannover



Friedenspolitischer Arbeitskreis
an jedem 1. Dienstag im Monat 19 Uhr im Pavillon Lister Meile 1)

Aktiventreffen an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in Hannover im Haus der Jugend, Maschstr.

Friedenspolitischer Stammtisch an jedem 4. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café K, Hannover Linden; Pariser Platz

Termine der DFG-VK Hannover



Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Ortsgruppe Hannover trifft sich jeden 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr im Kargah.

Homepage:

<http://frieden-hannover.de>

<http://hannover.dfg-vk.de>

<http://deserteure-hannover.de>

Impressum/Hinweise

Dieser Newsletter erscheint monatlich und wird herausgegeben vom Friedensbüro Hannover und der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Hannover.

Kritik, Hinweise und Vorschläge bitte an newsletter@frieden-hannover.de

Leider können sich Termine ändern oder verschieben. Aktuelle Informationen finden sich unter www.frieden-hannover.de.

Steuerlich abzugsfähige Spenden
Friedensbüro Hannover e.V.
Bank für Sozialwirtschaft,
BIC BFSWDE33HAN
IBAN DE95251205100009453900

neue Regierung in Gefahr. Sie will eine Veränderung oder gar ersatzlose Streichung und bedient sich dabei nach Einschätzung des japanischen Versöhnungsbundes auch undemokratischer Mittel.

Außerdem haben wir mit Hinweis auf Fukushima auch die Problematik von Kernkraft insgesamt als Waffe und im zivilen Bereich andiskutiert.

Aus dieser Gesamtdiskussion, die bestenfalls einige Aspekte als Schlaglichter andeuten konnte, entwickelte sich die Idee, zum 70jährigen Gedenken an Hiroshima und Nagasaki, eine Film- und Vortragsreihe zum Gesamtbereich vorzubereiten. Dazu eignet sich der Film ‚A Journey with Hibakusha‘ genauso wie ‚Deadly Dust‘ oder ‚Yellow Cake‘. Und sicherlich gibt es reichlich Filmmaterial zu Fukushima.

D. h. wir würden gerne auf der einen Seite die immer oder sogar verstärkt vorhandene Kriegsproblematik bezüglich der Atombombensituation und –gefahr einbeziehen, als auch die Problematik der atomaren Kette insgesamt: von Schürfen des Uran bis zur ungelösten Frage des Speichern des Atom Mülls.

Und wir können uns vorstellen, dass es dazu ein breites Bündnis geben kann: von Greenpeace, über das Hiroshimabündnis, Janun, 3.Welt-Forum und Attac bis zum Friedensbüro und der DFG-VK – um nur einige der Bündnispartner_innen zu nennen.

Hierzu müsste es dann – vielleicht Anfang Januar 2015 ein entsprechendes Treffen geben. Bis dahin wollen schon Einige aus dem am Dienstag versammelten Kreis Kontakte mit Kinos und potentiellen Bündnispartner_innen aufnehmen.



Bundeswehr aus dem Stadion kicken

DFG-VK fordert mit Aktionen Hannover96 zur Beendigung der Militärwerbung auf

Zum Start der Kampagne gegen Bundeswehrwerbung in Stadien erklären die Sprecher_innen der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) der Ortsgruppe Hannover:

Seit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht ist die Bundeswehr massiver und aggressiver bemüht, sich als normale Arbeitgeberin zu präsentieren. Sie wirbt verstärkt in der Zielgruppe der Heranwachsenden und Jugendlichen um Soldaten und Soldatinnen. Damit verstößt sie gegen die Intention der UN-Kinderrechtskonvention, die gerade vermeiden will, dass durch das Militär unter Kindern und Jugendlichen rekrutiert wird.

Fußball-Spielen soll eigentlich etwas anderes sein als soldatische Ertüchtigung. Fußball macht Spaß oder regt auf. Aber mit Töten hat er nichts zu tun – und soll er nichts zu tun haben. Und daher soll auch keine Bundeswehr ins Stadion – nicht mit ihren Trucks und nicht mit ihrer Werbung!

Während andere Clubs sich dem Sponsoring durch das Militär verweigern, geht Hannover 96 unter Martin Kind voran und lässt damit den gesamten Verein politisch instrumentalisieren. Seit 2011 stellt der Verein der Bundeswehr Werbebanden zur Verfügung, werden Videospots ausgestrahlt und wird das offizielle Stadionmagazin mit ganzseitiger Werbung des Militärs gefüllt. Gezielt nutzt die Bundeswehr gemeinschaftliche emotionale Elemente, um für sich zu werben. In Hannover geschieht dies inzwischen auch mit der Verleihung des Status „official supplier“.

Wir fordern den Verein auf, die Kooperation sofort zu beenden! Wir starten mit einer Flugblattkampagne, mit der wir auf die Verquickung von Sport und Militär aufmerksam machen. Wir laden alle im Umfeld des Bundesligisten Aktiven ein, sich mit uns gegen die zunehmende Militarisierung des Sports einzusetzen. Nur ohne Militär geht: Fair Play!